

## **Antwort**

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 394

des Abgeordneten Péter Vida (BVB / FREIE WÄHLER Fraktion)

Drucksache 7/923

### **WAZV Teltow Gewinnrücklagen**

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister des Innern und für Kommunales die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung des Fragestellers: Der WAZV Teltow hat aufgrund einer fehlerhaften Gebührenkalkulation Gewinne erwirtschaftet, die er nach Abschluss der Jahresrechnung einer Gewinnrücklage zugeführt hat. Ein entsprechender Beschluss der Versammlung liegt dazu vor. Zudem gibt es Anhaltspunkte dafür, dass Vergaben für Investitionen nicht immer VOL- bzw. VOB-konform erfolgt sind. Der letzte Prüfbericht zu einem Jahresabschluss liegt für 2018 vor.

Vorbemerkung der Landesregierung: Die in der Vorbemerkung des Fragestellers angesprochenen Anhaltspunkte, dass Vergaben nicht immer VOL- bzw. VOB-konform erfolgt seien, sind Gegenstand einer gegenüber dem Ministerium des Innern und für Kommunales erhobenen Aufsichtsbeschwerde. Konkrete Anhaltspunkte für ein vergaberechtswidriges Handeln des Wasser- und Abwasserzweckverbandes (WAZV) „Der Teltow“, die ein aufsichtsrechtliches Einschreiten der zuständigen Kommunalaufsicht Potsdam-Mittelmark gegenüber dem Zweckverband erforderlich gemacht hätten, sind hierbei allerdings bisher nicht vorgetragen worden. Aus diesem Grund sieht auch das Ministerium des Innern und für Kommunales keine Veranlassung aufsichtsrechtlich gegenüber der Kommunalaufsicht Potsdam-Mittelmark tätig zu werden. Dies gilt auch im Hinblick auf die behauptete Fehlerhaftigkeit der Gebührenkalkulation. Der WAZV „Der Teltow“ erhebt auf der Grundlage einer entsprechenden Abgabensatzung für die Benutzung der öffentlichen Einrichtung der Schmutzwasserbeseitigung Benutzungsgebühren gemäß § 6 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Brandenburg. Die Rechtmäßigkeit der Gebührenbescheide und der ihnen zugrundeliegenden satzungsrechtlichen Bestimmungen kann auf dem Rechtsweg überprüft werden.

Frage 1: Unter welchen Umständen kann eine überörtliche Prüfung des WAZV Teltow bzw. der Betriebsführungsgesellschaft MWA GmbH gem. § 105 BbgKVerf verlangt bzw. eingeleitet werden?

Frage 2: Kann es dem Rechnungsprüfungsamt angelastet werden, bei - nachweislichem - Vorliegen von Verdachtsmomenten für eine nicht ordnungsgemäße Haushaltsführung und zweifelhafte Vergaben keine überörtliche Prüfung veranlasst zu haben?

zu den Fragen 1 und 2: Die Fragen 1 und 2 werden aufgrund ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet. Gemäß § 105 Absatz 4 der Kommunalverfassung des Landes

Eingegangen: 07.05.2020 / Ausgegeben: 12.05.2020

Brandenburg ist die für die Durchführung der überörtlichen Prüfung zuständige Prüfungsbehörde - in diesem Fall das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Potsdam-Mittelmark - bei der Durchführung ihrer Aufgaben unabhängig und an Weisungen nicht gebunden. Die Rechnungsprüfungsämter unterliegen nicht der Aufsicht des Landes.

Frage 3: Auf welcher Grundlage darf der WAZV Teltow reine Gewinnrücklagen bilden?

zu Frage 3: Dem kommunalen Abgabenrecht ist der Begriff „reine Gewinnrücklage“ fremd. Die für die Gebührenkalkulation maßgebliche Vorschrift des § 6 Absatz 2 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Brandenburg sieht in Satz 9 eine angemessene Verzinsung von Rücklagen, die über Benutzungsgebühren finanziert werden, vor. Für die Überschüsse aus Benutzungsgebühren sind Rücklagen zu bilden, soweit es sich dabei nicht um trotz sorgfältiger Prognose und Kalkulation zufällig erwirtschaftete Gebührenüberschüsse handelt, denn diese sind gemäß § 6 Absatz 3 Satz 2 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Brandenburg spätestens im übernächsten Kalkulationszeitraum als Kostenüberdeckung auszugleichen. Zudem wird durch die in der Gebührenkalkulation enthaltenen kalkulatorischen Abschreibungen gebundenes Kapital in disponierbares Kapital umgewandelt. Der WAZV „Der Teltow“ nimmt seine Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen nach den Vorschriften über die Eigenbetriebe wahr. Die Eigenbetriebsverordnung enthält im Abschnitt 2 insbesondere Regelungen zum externen Rechnungswesen. Gemäß § 28 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg i.V.m. § 10 Absatz 2 der Eigenbetriebsverordnung ist der Eigenbetrieb/Zweckverband mit einem dem Betriebsumfang angemessenen Eigenkapital auszustatten. Soweit die Abschreibungen des Zweckverbandes nicht ausreichen, sollen für Erneuerungen aus dem Jahresgewinn Rücklagen gebildet werden (§ 28 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg i.V.m. § 11 Absatz 2 Satz 1 der Eigenbetriebsverordnung). Die Einstellung von Jahresgewinnen in Rücklagen ist nach Eigenbetriebsrecht also grundsätzlich möglich.

Frage 4: Dürfen reine Gewinnrücklagen aufgrund von fehlerhaften Gebührenkalkulationen gebildet werden?

zu Frage 4: Die kommunalen Aufgabenträger sind an Recht und Gesetz gebunden. Eine fehlerhafte - insbesondere nicht den Kalkulationsvorschriften des § 6 Absatz 2 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Brandenburg entsprechende Gebührenkalkulation - kann insoweit nicht Grundlage für Verwaltungshandeln sein.

Frage 5: Ist die Umwandlung von reinen Gewinnrücklagen in Eigenkapital und damit die Nichtberücksichtigung bei der Gebührennachkalkulation statthaft?

Frage 6: Ist die Bildung von reinen Gewinnrücklagen mit dem Grundsatz der Gebührennachkalkulation gem. § 6 BbgKAG vereinbar?

Frage 7: Bei einem Gewinn und damit Überschuss, müssen die Gebühren nicht gesenkt werden, um so dem gesetzlichen Rahmen zu entsprechen?

zu den Fragen 5, 6 und 7: Die Fragen 5, 6 und 7 werden wegen ihres sachlichen Zusammenhangs gemeinsam beantwortet. Sie betreffen die Ausgleichspflicht von Kostenüberdeckungen nach § 6 Absatz 3 Satz 2 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Brandenburg. Nach § 6 Absatz 1 Satz 3 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Brandenburg

soll das veranschlagte Gebührenaufkommen die voraussichtlichen Kosten der Einrichtung nicht überschreiten. Eine Überschreitung der Kosten trotz sorgfältiger Prognose und Kalkulation ist unschädlich. Diese Kostenüberdeckungen sind nach § 6 Absatz 3 Satz 2 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Brandenburg spätestens im übernächsten Kalkulationszeitraum auszugleichen. Davon unberührt bleiben jedoch über den tatsächlichen Auszahlungen liegende Gebühreneinnahmen, die die Aufgabenträger aufgrund zulässiger Kalkulationsmethoden generiert haben. Denn für die gesetzeskonforme Berechnung der Gebührenhöhe sind nicht die Auszahlungen, sondern die Kosten und damit auch die anzusetzenden kalkulatorischen Kosten maßgeblich. Übersteigt zum Beispiel der rechtlich zulässige Zinssatz für die kalkulatorischen Zinsen die tatsächlichen Kreditzinsen, so ergibt sich ein Überschuss, jedoch keine nach § 6 Absatz 3 Satz 2 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Brandenburg ausgleichspflichtige Kostenüberdeckung. Diese insoweit erwirtschafteten Überschüsse führen nicht zu Gebührensenkungen, sondern stehen als Deckungsmittel für die Aufgabenerfüllung zur Verfügung.